



Entartete Stammzellen stehen im Verdacht, Krebs auszulösen  
**Die Tumorstammzelle im Visier der weltweiten Krebsforschung**

36

Tumorzellen

**Die schlafenden Hunde der Krebsmedizin**

37

### Praxis

Der GOZ-Ausschuss der LZK informiert

**Wissenswerte Urteile**

45

Das Assistentenprojekt des FVDZ Landesverband Baden-Württemberg  
**Fit for future**

46

Sind Sie informiert?

**Persönliche Schutzausrüstung – Teil II**

47

### Regionen

Heidelberger Examensabsolventen erhalten Zeugnisse

**Beruf des Zahnarztes als Herausforderung**

48

Bestes Altgold-Sammelergebnis der Freien Zahnärzte Heilbronn

**60.000 Euro für fünf gemeinnützige Organisationen**

49

### Kultur



Museum Frieder Burda, Baden-Baden  
**Große Gerhard Richter-Ausstellung**

50

Sonderausstellung Uli Stein im Böblinger Fleischermuseum

**Von Menschen, Mäusen und anderen Tieren**

56

### Versorgungsanstalt Baden-Württemberg



Beilage 1/2008  
**Längere Lebenserwartung – Folgen Sonderausgabenabzug**

### Rubriken

Editorial	3		
Wirtschaft	39		
Namen und		Termine	57
Nachrichten	52	Impressum	68
Amtliche		Buchtipps	68
Mitteilungen	55, 60	Personalia	70

### Nach Redaktionsschluss...

... nimmt die Kritik am Gesundheitsfonds weiter zu. Der Bundestagsabgeordnete Max Straubinger, gesundheitspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion, fordert den Stopp des Fonds, weil dieser „alle unsere Bemühungen für eine Senkung der Lohnnebenkosten zunichte macht.“ Mit dem prognostizierten, hohen einheitlichen Beitragssatz von bis zu 15,5 Prozent würden nicht nur Versicherte, sondern auch Arbeitgeber sehr viel stärker belastet als bisher. Sofern am Gesundheitsfonds festgehalten werden sollte, geht Straubinger davon aus, dass die Gesundheitspolitik nächstes Jahr erneut Wahlkampfthema wird. Ihre ursprüngliche Forderung nach einer Kopfpauschale werde die Union aber begraben. „Das ist in der Bevölkerung nicht mehrheitsfähig.“ (zum Gesundheitsfonds: siehe auch ausführliche Berichterstattung in diesem Heft auf Seite 18 ff).

... fordert der ehemalige Chefberater von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, der Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach, eine umfassende Honorarreform und „ein System der Kostenerstattung“. Es solle eine Gebührenordnung geben für alle, ohne Unterschied zwischen privat und gesetzlich Versicherten.

... formiert sich ein Bündnis, bestehend aus Datenschützern, Patienten- und Ärzteverbänden, gegen die elektronische Gesundheitskarte (eGK). Die Karte sei ein „weiterer Baustein zum gläsernen Bürger“, so die Kritik. Das Bündnis rief die Bürger auf, weiter ihre bisherige Krankenversichertenkarte zu nutzen, die auch nach Einführung der „eGK“ gültig sein soll. Das Argument der Bundesregierung, die neue Gesundheitskarte würde auf Dauer Kosten senken, ließ das Bündnis nicht gelten und sprach von einer „gigantischen Geldvernichtung“. Die Einführung der Karte soll zehn Milliarden Euro kosten.

*guido.reiter@kzvbw.de*